



DPoIG: Inflationsprämie für alle Polizeibeschäftigten gefordert

Von Thomas Jungfer, Landesvorsitzender

Nicht nur, aber im Wesentlichen werden alle Bürgerinnen und Bürger aufgrund des Ukraine-Krieges derzeit mit extrem hohen und noch weiter steigenden Kosten konfrontiert. Die Preise, und hier insbesondere die Energiepreise, kennen nur eine Richtung – steil nach oben!

Ob für Gas, Strom oder Lebensmittel – die Verbraucherpreise bewegen sich auf einem Niveau, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung dauerhaft nicht zahlen kann. Aktuell sind circa 60 Prozent der Menschen in unserem Land nicht in der Lage Geld anzusparen. Das monatliche Haushaltseinkommen wird nahezu vollständig von den Lebenshaltungskosten aufgezehrt. In einem Land wie Deutschland, mit einer sonst hohen Sparquote, ein absolut ungewöhnlicher Vorgang.

■ Was macht die Ampelregierung?

Die Bundesregierung hat mehrere Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Gemeinsam umfassen sie mehr als 95 Milliarden Euro. Das Ziel: Bürgerinnen und Bürger sollen in dieser Zeit unterstützt und Arbeitsplätze gesichert werden. Neben einer Strompreisbremse, der Erhöhung des Kindergeldes oder einer Einmalzahlung für Rentnerinnen und Rentnern, ist auch eine sogenannte Inflationsprämie (freiwillige Sonderzahlung) Teil der geplanten beziehungsweise bereits umgesetzten Maßnahmen. Mit dieser Prämie kann der Arbeitgeber – analog zur Coronaprämie – bis zu 3.000 Euro an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zahlen. Die Zahlung ist steuerfrei und Sozialversicherungsabgaben werden nicht erhoben.

So gut die Inflationsprämie auch klingt, ist die Auszahlung nur ein Appell und basiert auf der Freiwilligkeit der Arbeitgeber. Wichtig: Es besteht kein gesetzlicher Anspruch auf die steuerfreie Zahlung. Ob und wie viel von den Arbeitgebern gezahlt wird, entscheiden diese selbst. **Hier stellt sich für mich aber nicht die Frage ob, sondern wann die Sonderzahlung für alle Beschäftigten der Polizei Hamburg ausbezahlt wird. Ich fordere hiermit den Hamburger Senat nachdrücklich auf, die steuer- und abgabenfreie Inflationsprämie allen Polizeibeschäftigten zu zahlen!** Insbesondere die Niedriglohngruppen, aber auch alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, haben mit den steigenden Lebenshaltungskosten, in einer wachsenden und teuren Stadt wie Hamburg es nun mal ohne Zweifel ist, zu kämpfen.

Junge Menschen entscheiden heutzutage lieber und immer öfter, ihren Traumberuf „Polizei“ in einem Flächenland wie Niedersachsen (inklusive zweigeteilter Laufbahn) als im überteuerten Hamburg zu ergreifen. Die Bewerbersituation spricht hier eine unüberhörbare Sprache! Wenn selbst Studienplätze für den Laufbahnabschnitt II unbesetzt bleiben, dann sollte diese Botschaft auch in der Innenbehörde angekommen sein.

■ Natürlich ist mir bewusst, dass auch die Behörden und Ämter mit den hohen Gas-, Strom- und Kraftstoffpreisen zu kämpfen haben.

Aber: Der Senat bekommt hier die einmalige Möglichkeit,



Thomas Jungfer

ihren Landesbediensteten zu zeigen, wie relevant sie sind, und können mit der Inflationsprämie die nötige Wertschätzung und Anerkennung zeigen, die Senatsvertreter sonst immer gebetsmühlenartig in ihren Reden erwähnen. Außerdem kann mit der Zahlung der Inflationsprämie für den öffentlichen Dienst ein aus meiner Sicht dringend notwendiges Attraktivitätssignal in Richtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie potenzieller Bewerberinnen und Bewerber gesendet werden. Nach einem erbärmlichen Tarifabschluss im Jahr 2021 mit nur 2,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt ab Dezember 2022, besteht jetzt die Möglichkeit der Wiedergutmachung. Im Übrigen soll mir keiner mit dem Argument der leeren Staatskassen kommen. Hamburgs oberster Kassenwart, Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), hat erst vor Kurzem bei der Vorstellung des Haushaltentwurfs 2023/2024 erwähnt, wie gut die Stadt durch die Zeit der Coronapandemie gekommen ist. Im Haushaltsjahr 2021 hat Hamburg ein sattes Plus von 623 Millionen Euro erzielt – nun ist der Senat am Zug (!), wenn nicht jetzt, wann dann? ■



Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamms 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Frank Riebow,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230





Fakten, Mythen und gefühlte Wahrheiten

Von Frank Riebow, Landesredakteur

„Die Polizei – Helfer, Gegner, Staatsgewalt – Inspektion einer mächtigen Organisation“, unter diesem etwas zu lang geratenen und sperrig daher kommenden Titel haben die Autoren Benjamin Derin und Prof. Dr. Tobias Singelstein ein populärwissenschaftliches Sachbuch vorgelegt. Im Fokus: Die deutsche Polizei und ihre Rolle in der heutigen Gesellschaft. „Ziel ist es, die Polizei in all ihren Widersprüchen zu betrachten. Dabei ergibt sich das Bild einer fundamental ambivalenten Organisation. Und es wird sichtbar, dass die Gesellschaft ihren Auftrag, sich darüber Gedanken zu machen, was für eine Polizei sie eigentlich möchte, (zu) lange Zeit vernachlässigt hat“, schreiben die Autoren in ihrer Einleitung. Die folgenden fast 400 Seiten sind in fünf Kapitel unterteilt, in denen die Autoren, die Polizei von ihrer grundsätzlichen gesellschaftlichen Funktion bis hin zur sich wandelnden Organisation und möglichen Zukunftsperspektiven – „Polizei neu denken“ – sezieren. Soweit der selbstgestellte, wissenschaftliche Anspruch.

■ **Es gibt nur wenige Berufe und Berufsgruppen, die so im Scheinwerferlicht stehen wie der Polizeiberuf und die Beschäftigten der Polizei in Bund und Ländern**

Insbesondere unsere uniformierten Kolleginnen und Kollegen sowie die Kolleginnen und Kollegen der Kriminalpolizei, die als Polizei oder auch als Angestellte im Polizeidienst erkennbar in der Öffentlichkeit agieren, stehen faktisch immer unter Beobachtung. Aber nicht nur sie, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei befinden sich immer im Fokus von

Politik, Parteien, Justiz, Medien und den Bürgerinnen und Bürgern, das ist berufsimmanent und ein wesentlicher Teil der Jobbeschreibung. Polizei wird immer „gesehen“. Befeuert wird die öffentliche und mediale Wahrnehmung der Polizei und die daraus folgende, oft-

will es der Twitter-Gerichtshof. Dass sich auch Abgeordnete, Politiker, Journalisten, Kriminologen und selbst Polizisten an dieser Form der „Rechtsprechung“ beteiligen, ist ein zusätzlich verstörender und sehr irritierender Aspekt dieser völlig inakzeptablen Vorverurteilungsmaschinerie! Dabei ist es unstrittig, dass durchaus auch rechtswidriges Verhalten von

land haben die meisten Menschen nie oder nur sehr selten irgendetwas mit der Polizei zu tun. Der überwiegende Teil der Bevölkerung begreift die Polizei aber als unverzichtbaren Ordnungswächter und nimmt unsere Kolleginnen und Kollegen genauso wahr, ein eingreifender, regulierender und den Menschen zur Seite stehender Schiedsrichter, der dann zur



► Auf Einladung des Forum-P, im Bild die 1. Vorsitzende Hiltrud Kraatz-Vietheer, stellten Benjamin Derin und Tobias Singelstein ihr Buch vor wenigen Wochen im Polizeiausbildungszentrum vor.

© Frank Riebow

mals verzerrte Wahrnehmung und sehr persönliche Bewertung polizeilicher Maßnahmen, besonders seit dem Siegeszug der sozialen Medien inklusive der permanenten Verfügbarkeit von Handykameras. Das Verbreiten und Kommentieren von anprangernden Videoschnipseln unter den Hashtags #Polizeigewalt und #Polizeiproblem gehören zu den Phänomenen, die seit einigen Jahren zur Social-Media Erregungs- und Empörungskultur gehören. Sobald ein von interessierter Seite gepostetes „Polizei“-Video auftaucht, dauert es nur wenige Minuten bevor die Twitter-Guerilla zuschlägt. Sehr oft bar jeder Kenntnis des tatsächlichen Geschehens, aber desto meinungsstärker wird „ermittelt“, „angeklagt“, „verurteilt“ und „vollstreckt“ – so

Kolleginnen und Kollegen dokumentiert wird. Dieses mutmaßlich strafrechtliche Fehlverhalten stellen in einem Rechtsstaat jedoch Gerichte fest und nicht der m/w/d-Social-Media-Beauftragte der Antifa Altona-Ost oder einer radikalen Öko-Gruppierung in Unterschleißheim.

■ **Die deutsche Polizei gehört seit vielen Jahren zu den Institutionen, denen von den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht das meiste Vertrauen entgegengebracht wird**

Rund 80 Prozent (oft sogar mehr) der Bevölkerung vertrauen ihrer Polizei, – eine Wertschätzung, von der viele andere Berufsgruppen nicht einmal zu träumen wagen. In Deutsch-

Stelle ist, wenn die Regeln der Gemeinschaft gebrochen werden. Natürlich gibt es Mord und Totschlag, Raub und Erpressung, Drogenhandel und organisierte Kriminalität – Delikte, die für viele Menschen jedoch außerhalb ihrer Lebenswirklichkeit passieren und sich eher im sonntäglichen „Tatort“ wiederfinden. Der um zwei Uhr nachts vor sich hin grölende, nach „Griechischen Wein“ verlangende und allen „Ruhe!“-Rufen der schlafwilligen Anwohner trotzende, volltrunkene Minnesänger wird eher zum Alltagsärgernis. Was auf der Reeperbahn als Kiez-Folklore durchgehen mag, erfordert in Winterhude die Intervention der Polizei. „Freund und Helfer“ ist kein sinnentleerter Spruch, sondern immer noch gelebtes Selbstverständnis unserer Kol-



leginnen und Kollegen in Hamburg ebenso wie in ganz Deutschland.

► **Ja, auch das ist die Polizei, schreiben die Autoren in ihrem Buch. Aber was ist mit dem Missbrauch des Gewaltmonopols, strukturellem Rassismus, Rechtsextremismus, der aus ihrer Sicht mangelhaften Fehlerkultur und der Neigung zur Verselbstständigung der Polizei?**

In ihrem Buch zeichnen die Autoren oftmals ein Bild von Polizistinnen und Polizisten, indem sich unsere Kolleginnen und Kollegen nicht oder nur schwer wiederfinden können. Es werden dabei auch Behauptungen und Thesen proklamiert, die nur unzureichend oder gar nicht belegt werden oder die Autoren zitieren andere Publikationen (das Quellenverzeichnis umfasst fast 40 Seiten). Beispiele: „Werden Tatverdächtige vernommen ohne ihre Verteidiger:innen zu informieren, oder Wohnungen ohne Durchsuchungsbeschluss durchsucht, befreit das die Beamt:innen von den Fesseln der Rechtsordnung und erleichtert ihnen die Arbeit, die durch die Beteiligung von Anwält:innen und Gerichten ‚verkompliziert‘ wird.“ (S. 32) Wirklich? Warum sollten unsere Kolleginnen und Kollegen ein Interesse daran haben, das ihre Ermittlungsergebnisse vor Gericht zur Makulatur werden? „Und auch Polizist:innen halten sich nicht immer an Recht und Ordnung. Dienstvergehen, (...), aber auch ganz normale Kriminalität kommen bei Polizist:innen häufiger vor, als man sich das gemeinhin so vorstellt. Und das, obwohl man davon ausgehen kann, dass die meisten Fälle gar nicht entdeckt oder unter der Decke gehalten und nur intern geklärt werden.“ (S. 109) Strafvereitelung im Amt als Führungsinstrument im Jahr 2022, ernsthaft? „In der Polizei

dominiert eine spezifische Form von Männlichkeit (...). In der Polizeiforschung ist diese Männlichkeit als aggressive Polizeimännlichkeit charakterisiert worden. Sie stellt Körperlichkeit, Härte, Stärke und Sportlichkeit in den Vordergrund, sieht Polizisten als Krieger und Beschützer, die Situationen und polizeiliches Gegenüber dominieren müssen.“ (S. 130) Als sich die deutsche Polizeiausbildung überwiegend auf Kasernenhöfen abspielte, mag das eine zutreffende Zustandsbeschreibung gewesen sein.

► **Rassismus und Rechtsextremismus**

Es ist völlig unstrittig, dass es in der deutschen Polizei Kolleginnen und Kollegen gab und gibt, die sich rassistisch äußern und ihre Menschenfeindlichkeit zum Maßstab ihres dienstlichen Handelns machen. Diese Einstellungen und Verhaltensweisen Einzelner zerstören massiv das Vertrauen in die Polizei und diskreditieren die Gesamtheit der Kolleginnen und Kollegen. Hier kann es nur eine Entscheidung geben: Wer als Polizeibesetzter die Würde anderer Menschen mit Füßen tritt und die Werte unseres freiheitlichen Rechtsstaats auf eine derart infame Weise verletzt, ist ein



© total italic/T. Wijnberg

► #Polizeiproblem

„Zu rechts, zu schießwütig, zu unhöflich: Haben wir ein Polizeiproblem?“

„Seit Wochen kann man lesen, dass wir ein Polizeiproblem haben. Entweder sind Polizisten zu schießwütig oder zu rechts oder einfach nicht höflich genug, in jedem Fall aber im Prinzip ungeeignet für den Dienst. Natürlich sind sie auch tief von Vorurteilen gegen Minderheiten durchdrungen, wovon sie aber nichts wissen wollen, was zeigt, dass sie nicht nur rassistisch sind, sondern auch noch uneinsichtig. (...) Die meisten Menschen vertrauen der Polizei, das ist die gute Nachricht. Sie haben auch nicht den Eindruck, dass hier vor allem Nazis beschäftigt seien. Aber leider hört man sie nicht. Die schweigende Mehrheit hat den Nachteil, dass sie eben das ist: schweigend. (...) Es heißt jetzt, man wolle den Rassismus in der Polizei ja nur wissenschaftlich untersuchen. Das sei im Zweifel im Sinne der Beamten, da so auch der Beweis erbracht werden könnte, dass kein verfestigter Rassismus existiere. (...) Die Beleidigung liegt in der Fragestellung. Wer das nicht sehen will, ist dumm oder er stellt sich so.“

Quelle:

„Her mit den Vorurteilen! Wie sich Deutschland ein Polizeiproblem herbeiredet“ (Auszug), Jan Fleischhauer, Kolumnist, „Focus“, 25. Juli 2020

Verfassungsfeind und gehört aus dem Dienst entfernt. Dasselbe gilt für alle politischen und religiös motivierten Extremisten. Wer die freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpft, darf in der Polizei keine Zukunft haben. Muss die Polizei – beispielsweise im Zuge der Einstellungspraxis oder des täglichen Dienstes – proaktiver im Sinne einer Extremismusprävention agieren? Ja! Ist die Polizei als Institution rassistisch? Nein! Die Autoren schreiben in ihrer Einleitung: „Dieses Buch ist kein Appell,

‚beide Seiten zu verstehen‘, und nimmt keine vermittelnde Position ein.“ Dieser Vorschlag ist gelungen! Was kann die Polizei daraus lernen? Jegliche Abschottung vermeiden, den Öffnungs- und Transparenzprozess der vergangenen Jahre und Jahrzehnte fortsetzen. Eines ist gewiss: Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertraut ihrer Polizei und dieses Vertrauen ist keine Selbstverständlichkeit und muss jeden Tag aufs Neue erworben und gestärkt werden! ■

► „Die Polizei – Helfer, Gegner, Staatsgewalt“

Die Autoren

Benjamin Derin: Rechtsanwalt in Berlin und langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Tobias Singelstein an der Ruhr-Uni Bochum. Benjamin Derin hat seine juristische Ausbildung in Berlin und Hartford, USA, absolviert und sein Rechtsreferendariat am Kammergericht Berlin geleistet. Er ist Autor diverser Fachpublikationen und Schriften zu den Themen Grundrechte, Polizei und Strafverfahren.

Prof. Dr. Tobias Singelstein: Jahrgang 1977, Kriminologe und Rechtswissenschaftler, lehrte von 2017 bis 2022 an der Ruhr-Uni Bochum und leitete dort den weiterbildenden Masterstudiengang „Kriminologie, Kriminalistik und Polizeiwissenschaft“. Seit April dieses Jahres lehrt und forscht Singelstein an der Goethe-Uni Frankfurt/Main. Er ist Mitherausgeber mehrerer Fachzeitschriften.



Vorgestellt

Andreas Dubsy, Personalrat

Andreas Dubsy hat sein Studium in den Jahren von 2000 bis 2003 an der Berliner Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege absolviert. Aufgrund der desolaten Haushalts-situation des Landes Berlin gehörte unter anderem auch sein Jahrgang zu denen, die nach dem Abschluss nicht übernommen wurden. Zur gleichen Zeit erfolgte das Angebot der Freien und Hansestadt Hamburg, bei der Hamburger Polizei den Dienst anzutreten. Dies nahm Andreas dankend an. Seine erste Verwendungsdienststelle wurde die Verkehrsdirektion 3. Da er schon immer eine Leidenschaft für Fahrzeuge und das Schrauben hatte, konnte er so sein Hobby hier beruflich ausleben. Seine Aufgaben bei der VD 3 umfassten die technische Verkehrsüberwachung sowie die Verkehrsunfallaufnahme im Rahmen des Verkehrsunfall-dienstes. Durch die intensive Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie Zoll, LBV, BAG und BVM erhielt er einen Blick

über den Tellerrand und sah, wie andere Behörden arbeiten. Durch seine Arbeit innerhalb der VD und den seit Jahren steigenden Belastungen im täglichen Dienst wurde ihm die Notwendigkeit einer starken Interessensvertretung der Polizeibeschäftigten gegenüber der Dienststelle bewusst. Andreas setzte sich intensiv mit der Arbeit der **Deutschen Polizeigewerkschaft** auseinander und wurde Vertrauensperson der **DPoIG** in der VD 3.

Im Februar 2014 wurde er als Beisitzer Verkehrsdirektion in den Landeshauptvorstand gewählt. Ebenfalls im Jahr 2014 wurde Andreas Ersatzmitglied des Personalrates der Polizei. Somit konnte er sich abzeichnende Problemfelder der Verkehrsdirektion direkt an die Gewerkschaft und den Personalrat weiterleiten und sich für die Einhaltung des Fürsorge-rahmens des Dienstherrn gegenüber den Mitarbeitern einsetzen. Im Februar 2019

wechselte Andreas im Rahmen der Talentförderung in die Verkehrsdirektion 4. Dort erhielt er einen Einblick in erste Führungserfahrungen, unter anderem mit der Planung und Leitung der Standkontrolle im Rahmen der DiS-Woche. Nach zwei Jahren im schönen Süden Hamburgs wechselte er im Februar 2021 in die neu gegründete Verkehrsdirektion 1. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Verkehrsdirektion im Aufbau. Andreas übernahm dort die Leitung einer Dienstgruppe. In dieser Zeit gab es einen regen Austausch zwischen dem Personalrat und den Dienstgruppenleitern der VD 1. Es wurden neue Dienstzeitmodelle erarbeitet sowie arbeitsrechtliche Fragen und Aspekte geklärt. Dann folgte ein weiterer Schritt in einen völlig anderen Bereich. Andreas wurde am 1. Januar 2022 in die Freistellung des Personalrates gewählt. Dort ist er für die Anliegen der gesamten Verkehrsdirektion sowie der AK 2 zu-



© DPoIG Hamburg

> Andreas Dubsy

ständig und setzt sich für die Belange der Kollegen und Kolleginnen ein. In seiner Freizeit ist der 41-Jährige Polizeihauptkommissar ein begeisterter Mountainbiker und sucht beim Fahren in der Natur den Ausgleich zum Berufsalltag. Neben dem Amt des Beisitzers für die Verkehrsdirektion im Landeshauptvorstand ist Andreas im März zum Ersten Stellvertreter des Fachbereiches Schutzpolizei gewählt worden. Der „POLIZEISPIEGEL“ wünscht Andreas Dubsy weiterhin alles Gute und für seine vielfältigen dienstlichen und gewerkschaftlichen Aufgaben viel Erfolg! ■

DiS-Woche wieder erfolgreich

Die Polizei Hamburg lud im September bereits zum 16. Mal zur sogenannten DiS-Woche (Drogenerkennung im Straßenverkehr) ein. Über 180 Kolleginnen und Kollegen von Polizei und Zoll, aus der Schweiz und Österreich trafen sich in Hamburg zum Erfahrungsaustausch. An drei Einsatz-tagen wurden 1.419 Fahrzeuge und 1.880 Personen mit dem Schwerpunkt auf Drogenmissbrauch im Straßenverkehr kontrolliert. Gegen 83 Autofahrer, von denen 80 unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln und drei unter Alkoholeinfluss standen, ordneten die Kollegen eine Blutprobenentnahme an und stellten insgesamt zwölf Führerscheine sicher.



© DPoIG Hamburg (2)

Drogen und Alkohol führen oftmals zu einer enthemmten und aggressiven Fahrweise und sind eine erhebliche Gefahr für jeden Verkehrsteilnehmer. Die diesjährige DiS-Woche stand eng mit der Kampagne „Mobil. Aber sicher!“ in Verbindung und hat sich auch durch den Austausch und die Erkenntnisse der Verkehrsspezialisten sowie „Drogenerkenn-ner“ abermals als erfolgreiches Konzept gezeigt.



> Selbstverständlich war auch das **DPoIG**-Betreuungsteam – hier Heiko Valerius und Andreas Dubsy – unterwegs, um die Kolleginnen und Kollegen mit Getränken und Snacks zu versorgen.



Sozial- und Bildungswerk der *DPoIG Hamburg* im dbb

Holzdamms 18 • 20099 Hamburg • Telefon: 040.2540260 • Fax: 040.25402610



Weihnachtsmärchen 2022 Schneewittchen

im Ernst Deutsch Theater
Sonntag, 11. Dezember 2022, 13.30 Uhr

Preise: 7 Euro bis 11 Euro pro Person

(inklusive Garderobe/Weihnachtstüte/Weihnachtsmann)

Die Eintrittskarte gilt gleichzeitig als Fahrkarte im HVV-Bereich!

Kartenreservierung und Kartenverkauf
in der Geschäftsstelle der *DPoIG Hamburg*, Telefon: 040.2540260

Schneewittchen

nach den Brüdern Grimm

11.11. bis 23.12.2022



Erst die Arbeit, dann das Vergnügen

Von Nicholas Kriegk, Landesjugendleiter

Anfang September lud der Vorstand der JUNGEN POLIZEI der **DPoIG Hamburg** zur ersten Fachbereichssitzung in Präsenz in die Geschäftsstelle ein. Neben dem Landesvorsitzenden Thomas Jungfer konnten auch Vertreter der DSTG-Jugend (Deutsche Steuer-Gewerkschaft) als Gäste begrüßt werden. Gemeinsam mit Landesjugendleiter Nicholas Kriegk setzten sich die Teilnehmer mit zahlreichen aktuellen Themen auseinander. Im Mittelpunkt standen dabei die

Nach- und Vorbereitung der zurückliegenden beziehungsweise bevorstehenden Einstellungen an der Akademie der Polizei. Wir wollen da anknüpfen, wo wir vor der Pandemie waren – nämlich nah bei unseren Nachwuchskräften und ihnen ein kompetenter sowie zuverlässiger Ansprechpartner sein. Anschließend lud die JUNGE POLIZEI zum gemeinsamen Grillen ein. Bei heißer Wurst und kalten Getränken wurde noch lange der innergewerkschaftliche Austausch



gepflegt und das Netzwerken mit der DSTG-Jugend intensiviert. Gemeinsame gewerkschaftliche Interessen und Themen wurden auf die Agenda gesetzt. Der Vorstand der JUNGEN POLIZEI dankt allen für die Teilnahme und Organisation dieser sehr gelungenen Sitzung.

#DPoIGDeinetwegen



Nachwuchs mit klarem Kurs – JUNGE POLIZEI und DSTG-Jugend

Mehr Geld für die Einsatzverpflegung

Das Klima-Camp in Hamburg ist lange vorbei – die Einsatzverpflegung hallt nach. Nicht wenige unserer Mitglieder bemängelten, die „nicht unbedingt schlechte“, aber zu abwechslungsarme, ideenlose und ausschließlich kalte Einsatzverpflegung. Weiterhin wurde die übermäßige Entstehung von Plastikmüll durch die aktuelle Gestaltung des Lunchbeutels angeprangert. In Zeiten der allgemeinen Teuerung scheint der Betrag von 14 Euro, welcher seit dem Jahr 2010 unverändert ist, zu wenig für eine



Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten zu Recht eine qualitativ hochwertige und gesunde Einsatzverpflegung. Insbesondere bei Einsätzen, die lange im Voraus planbar sind.

gute beziehungsweise gesunde, abwechslungsreiche und möglichst nachhaltige Einsatz-

verpflegung zu sein. Die **DPoIG Hamburg** empfiehlt der Polizeiführung, zukünftig bei solchen

Einsatzlagen die Möglichkeit der Warmverpflegung zu berücksichtigen und zu realisieren. Bei Einsatzlängen von mehr als zwölf Stunden, besonders zur Nachtzeit, hätten sich viele Kolleginnen und Kollegen eine warme Mahlzeit gewünscht. Die **DPoIG Hamburg** fordert eine sofortige Erhöhung der Tagespauschale für die Einsatzverpflegung und eine ausgewogenere sowie müllreduzierte Ausgestaltung des Verpflegungsbeutels.

Der Landesvorstand

ComVor geht – @rtus kommt ... bald

Was ist @rtus? Im IT-Projekt @rtus geht es darum, das polizeiliche Vorgangsbearbeitungsprogramm ComVor bis zum Ende des Jahres 2025 durch @rtus zu ersetzen. Offiziell ist das Projekt seit dem 1. Juni dieses Jahres am Start. Die Bundespolizei und die Poli-

zeien der Länder haben im Rahmen des Programms P2020 unter anderem beschlossen, sich bis zum Jahr 2030 in der digitalen Datenverarbeitung innovativer, intelligenter, wirtschaftlicher und vor allem einheitlicher aufzustellen. Das gilt natürlich auch für die Polizei

Hamburg. Allerdings kann das den Kolleginnen und Kollegen vertraute ComVor nach intensiver fachlicher Prüfung weder aktuell noch mit technischen Anpassungen die geforderten Kriterien erfüllen – ComVor ist schlicht veraltet und nicht mehr zukunftsfähig. An der

Ablösung von ComVor führt kein Weg vorbei. Das Projekt wird den Systemwechsel von ComVor auf @rtus fachlich und technisch intensiv betreuen, wesentlich mitgestalten und proaktiv mit den Organisationsbereichen der Hamburger Polizei kommunizieren.



Strafprozesse dauern immer länger

Den deutschen Gerichten fehlt das Personal. Die Folgen des Personalmangels sind bereits spürbar – überlange Strafverfahren und durch Zeitablauf notwendige Haftentlassungen gehören zum Gerichtsstalltag. Die durchschnittliche Dauer erstinstanzlicher Strafverfahren vor den Landgerichten sei im Jahr 2021 auf einen neuen Höchstwert von durchschnittlich 8,2 Monaten gestiegen, beklagte jüngst der Deutsche Richterbund (DRB). Innerhalb von zehn Jahren haben sich die Strafprozesse vor den Landgerichten damit um fast zwei Monate verlängert. Auch bei den Amtsgerichten ist die durchschnittliche Verfahrensdauer bis zu einem Urteil im vergangenen Jahr auf 5,8 Monate angewachsen. Gegenüber 2020 ein weiterer Anstieg um einen halben Monat. Hinzu kommt, dass Strafverfahren immer aufwendiger werden, weil die Verfahren oftmals internationaler sind, die Komplexität des Rechts zunimmt und die auszuwertenden, oft digitalen Datenmengen sprunghaft wachsen.

■ Fast 300 Tatverdächtige aus der Untersuchungshaft entlassen

Dass die Strafjustiz überlastet ist, verdeutlicht auch eine weitere Statistik: In den vergangenen fünf Jahren sind in Deutschland fast 300 Tatverdächtige aufgrund der Verletzung des Beschleunigungsgebots in Haftersachen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Aus diesem Grund schlug auch der Richterverband Schleswig-Holstein Alarm. Unser nördlicher Nachbar hatte neben Sachsen die meisten Haftentlassungen vermeldet. Allein im Jahr 2021 hat die Justiz nach Recherchen der Deutschen Richterzeitung deutschlandweit mindestens

66 Tatverdächtige wieder auf freien Fuß gesetzt, weil deren Strafverfahren zu lange gedauert haben. Die Zahl ist im Vergleich zu 2020 deutlich gestiegen, als die Länder 40 Fälle gemeldet hatten. Die Situation dürfte sich auch 2022 nicht entspannen: So sind in Berlin nach Angaben der Justizbehörde in diesem Jahr bereits sieben dringend Tatverdächtige wegen Verfahrensverzögerungen wieder auf freien Fuß gesetzt worden, während die Bremer Justiz drei des Mordes

Verdächtige wegen zu langwieriger Verfahren aus der Untersuchungshaft entlassen hat. In Hessen hat das Oberlandesgericht Frankfurt Ende Juni angeordnet, dass sechs mutmaßliche Gewaltverbrecher aus der Untersuchungshaft zu entlassen sind, weil sich ihre Strafverfahren unverhältnismäßig lange hingezogen haben. Das OLG stellte dabei eine erhebliche strukturelle Überlastung des zuständigen Landgerichts fest.

Der Landesvorstand

TAG DES EINBRUCHSCHUTZES

Am 30. Oktober 2022 | EINE STUNDE MEHR FÜR MEHR SICHERHEIT

WWW.K-EINBRUCH.DE



Die HBF EK – Hausratversicherung seit 1902

Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes



Hermannstraße 46
20095 Hamburg
Telefon (040) 33 60 12
Telefax (040) 280 59 606

info@hbfek.de
www.hbfek.de

Seit 120 Jahren hilft die HBF EK ihren Mitgliedern schnell und unkompliziert – auch Ihnen, wenn Sie Ihren Hausrat bei uns gut und günstig versichert haben!

Für nur 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme inklusive Versicherungsteuer versichern wir Ihren Hausrat gegen Schäden durch Feuer, Blitzschlag, Induktion, Implosion, Einbruch- und Fahrraddiebstahl, Vandalismus, Raub, Leitungswasser, Sturm und Hagel. So zahlen Sie z.B. für eine Versicherungssumme von 50.000 € einen Jahresbeitrag von nur 60 €. Sie finden kaum eine andere Versicherung, die da mithalten kann. **Zusätzlich können Sie auch Versicherungsschutz gegen Elementarschäden vereinbaren.**

Sie sind im öffentlichen Dienst oder in ähnlichen Bereichen beschäftigt und wohnen in Hamburg und Umgebung oder in Schleswig-Holstein? Dann wechseln Sie jetzt zu uns als Ihrem Hamburger Traditionsunternehmen.

Bei unserem Geschäftsführer, Herrn Suppe, sind Sie in guten Händen. Sie erhalten ausführliche Informationen und eine freundliche und kompetente Beratung bei allen Fragen zu Ihrem Versicherungsschutz (Tel. 040 – 336012). Oder besuchen Sie uns im Internet unter www.hbfek.de. Schnellentschlossene finden dort auch gleich ein Antragsformular.



Amtsgericht verurteilt Polizeibeamten zu Geldstrafe

Der 31-jährige hessische Polizeioberkommissar Timo S. wurde für das Zeigen und Verbreiten von verfassungsfeindlichen Symbolen und Volksverhetzung vom Amtsgericht Frankfurt/Main zu einer Geldstrafe von 6.300 Euro (90 Tagessätze) verurteilt. Der Polizeibeamte hatte zugegeben, Hitlerbilder, Nazisymbole sowie mehrere Videos mit verfassungswidrigem Inhalt innerhalb einer Chatgruppe von 57 Personen in den Jahren 2014 bis 2016 verbreitet zu haben. Bei der Whatsapp-Gruppe soll es sich laut dem 31-Jährigen aus-

schließlich um Polizeibeamte gehandelt haben. Der verurteilte Polizeioberkommissar verbreitete unter anderem eine Datei, die einen animierten Hitler zeigt, der die Grußbotschaft: „Endlich wieder Wochenende! Zeit für Vollgas!“ zeigte. Das Gericht hält dem Angeklagten zugute, dass die Taten bereits sehr lange her sind und aus einer Zeit stammen, in der viele Polizeibeamte wohl nicht wussten, dass sie tatsächlich für diese widerwärtigen Chatbeiträge irgendwann einmal juristisch zur Verantwortung gezogen werden. ■



© Pixabay

> Arbeitszeiterfassung

Urteil des BAG

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat am 13. September dieses Jahres entschieden, dass Arbeitgeber die Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten systematisch erfassen müssen. Es ist damit zu rechnen, dass die Entscheidung weitreichende Auswirkungen auf die bisher in Wirtschaft und Verwaltung praktizierten Vertrauensarbeitszeitmodelle bis hin zu mobiler Arbeit und Homeoffice haben wird.



© Pixabay

> Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats



© Pixabay